Ziel ist „eine Allianz der Besorgten"

Frühere Bohrschlammdeponie Brüchau im Fokus

sts **Kalbe / Brüchau.** „Wir sprechen immer von der grünen Altmark", sagt Jürgen Bammel. Er wohnt in Brüchau. „Die Konsequenz muss deshalb sein: Dann wollen wir im Herzen der Altmark auch keine solche Deponie haben." Gemeint ist die zu DDR-Zeiten betriebene Bohrschlammdeponie südlich von Brüchau, die seit vielen Jahren immer mal wieder Thema in der Politik ist. Jetzt trafen sich Vertreter der Grünen, Kalbes Bürgermeister Karsten Ruth, Jürgen Bammel und Kakerbecks Ortsbürgermeister Ulf Kamith im Kalbenser Rathaus und berieten eine Stunde lang über die weitere Vorgehensweise. Denn mit der Antwort der Landesregierung auf eine „Kleine Anfrage" der Grünen-Landtagsabgeordneten Dorothea Frederking ist man nicht wirklich zufrieden.

Wie Frederking erklärte, wolle man nun „eine Allianz der Besorgten" ins Leben rufen und ausdrücklich auch die Bevölkerung zum Mitmachen animieren. Denn nur so könne genügend Druck auf das Land ausgeübt werden, das Thema Deponie endlich anzugehen und eine Lösung zu finden.

Für die Landtagsabgeordnete steht dabei fest: „Die möglichen Kosten dürfen keine Rolle spielen." Auch Karsten Ruth spricht von „Kostenneutralität", wenn es um die Beseitigung der Umweltsünden aus der Vergangenheit geht. Sprich: Am Geld dürfe das Thema nicht scheitern.

Ein Problem benannte Kalbes Bürgermeister dabei aber auch. Zwar gebe es Hinweise auf erhöhtes Krebsrisiko rund um die Deponie. „Aber wir werden nicht genügend belastbare Fakten zusammenkriegen, um einen Zusammenhang mit der Existenz der Deponie herstellen zu können." Deshalb werde man sich, so erklärte auch Umweltaktivist Christfried Lenz, nicht so sehr auf Gesundheitsgefährdungen in der Vergangenheit konzentrieren. Sondern darauf, dass künftige Gefährdungen ausgeschlossen werden. „Wir wollen verhindern, Panik zu schüren", so Kalbes Bürgermeister. Sein Ziel: Sachliche Argumente vortragen und nicht so sehr die Emotionalität in den Vordergrund bringen. Gleichwohl, so betonte Karsten Ruth, gelte es, „die Sorgen und Ängste der Bevölkerung" ernst zu nehmen und abzubauen. Und das gehe nun mal nur mit Taten. In der Pflicht stehe dabei vor allem das Landes-Bergamt. Damit es in dieser Behörde vorangehe, müsse man, so ergänzte Dorothea Frederking, „Druck aufbauen und an einem Strang ziehen". In diesem Punkt sei auch die Kreispolitik gefragt.

Für Jürgen Bammel ist es dabei egal, ob die gesundheitsschädlichen Stoffe auf der Deponie nun versiegelt oder weggefahren werden. „Wegfahren heißt ja auch nur, dass das Problem dann woanders lagert." Wichtig sei, dass künftig keine Gefahr mehr von der Deponie ausgeht.

Die Grünen und die Stadt laden am Montag, 7. März, aus diesem Grund zu einem Informationsabend nach Kalbe ein. Eingeladen sind auch mehrere Behörden. Die Veranstaltung findet ab 18.30 Uhr in den Kalbenser Ratsstuben statt.

Altmark Zeitung / Stendal 20.02.2016

Linie 932 fährt etwas früher

Turnhallen-Sanierung im Paket

Güterbahnhof mit Wendeschleife